Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

6.8.1864 (No. 184)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 6. August.

Nr. 184.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, 5. August.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 1. d. Mts. gnädigst geruht, für die Einführung der neuen Organisation der innern Verwaltung die Vorstandsstelle bei dem Bezirksamt Wolfach dem Amtmann Schupp in Neckarbischofsheim zu übertragen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben ferner unter'm 2. d. Mts. gnädigst geruht, die Amtsvorstände, Amtmänner

Richard in Engen,
Frech in Kork,
von Stösser in Meßkirch und
Winnefeld in Ueberlingen

zu Oberamtmännern zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† **München,** 5. Aug. Die „Bayerische Ztg." schreibt: „Die Exekution in Holstein ist jetzt wohl zwecklos und es muß etwas Anderes an ihre Stelle treten, nur nicht, was die „Kreuz-Ztg." meint: die Auslieferung an die Großmächte, sondern die Sequestration des Landes durch den Bund bis zur Entscheidung der Erbfolge-Frage.

Wien, 4. Aug. (A. Ztg.) Die Nachricht hiesiger Blätter: Der König von Preußen werde übermorgen nach Wien kommen, ist verfrüht. Die Freilassung der dänischen Gefangenen ist eingeleitet.

† **Kopenhagen,** 4. Aug. Das Folkething nahm gestern den Antrag von 35 Mitgliedern — darunter Hall und Bille — an: daß aus dem, dem Reichsrath auferlegten Schweigen bei der Mittheilung über die eingeleiteten Friedensverhandlungen keine Billigung des Vorgehens der Regierung von Seiten des Folkethings gefolgert werden kann.

Deutschland.

× **Frankfurt,** 4. Aug. Auch zu Beginn der heutigen Bundestags-Sitzung kamen Berichte der Zivilkommissäre und des Generalleutnants v. Hake zur Vorlage. Der kurhessische Gesandte übergab eine Eingabe des Prinzen Friedrich Wilhelm von Hessen, worin derselbe mit Bezug auf seine Erbfolgerechte auf Dänemark Ansprüche auf Lauenburg, Plön und Pinneberg erhebt. Die Eingabe sammt den obenerwähnten Berichten wurden den vereinigten Ausschüssen zugewiesen. Schließlich erstattete der Militärausschuß Vorträge und einzelne Regierungen legten Standeslisten vor. — Der von den Zeitungen für die heutige Sitzung in Aussicht gestellte bayrische Antrag auf sofortige Entfernung der preußischen Truppen aus Rendsburg ist nicht eingebracht worden.

München, 3. Aug. (Nürnb. Korr.) Die beiden neuernannten k. Staatsminister des Kultus und der Justiz, Hr. v. Koch und Hr. Bomhard, sind gestern hier eingetroffen und haben ihre Portefeuilles übernommen. Der Hr. Justizminister, vom Wahlbezirk Forchheim als Abgeordneter in unsere Kammer entsendet, hat sich in Folge seiner Beförderung einer Neuwahl zu unterziehen, deren Vornahme dem Vernehmen nach sofort angeordnet werden wird.

München, 3. Aug. Die „Bayr. Ztg." vom 2. d. veröffentlicht die auf die Vorstellung des Handels- und Fabrikraths der Stadt Nürnberg vom 14. Juli erlassene Entschließung des Handelsministeriums. An der Spitze derselben ist ausgesprochen, daß „die baldige entsprechende Verwirklichung des (in der Vorstellung vorgetragenen) Petitums (rascher Abschluß der neuen Zollvereins-Verträge unter Annahme des modifizirten Handelsvertrags mit Frankreich) den eigenen Intentionen der k. Staatsregierung entspricht". Im darauf folgenden Theil des Reskripts werden einigen, in der Vorstellung des Handels- und Fabrikraths ausgesprochenen Angaben Berichtigungen gegenübergestellt. Es wird besonders die Bemerkung, daß „Preußen wesentliche Modifikationen des Handelsvertrags mit Frankreich habe eintreten lassen", als „entschieden irrthümlich" bezeichnet, da „die wenigen Modifikationen, welche die preußische Regierung noch zum Gegenstand der Verhandlung zu machen sich bereit erklärt habe, verhältnißmäßig von geringer Erheblichkeit seien, und die wesentlichsten Punkte der diesseitigen Anträge unberücksichtigt ließen". Bezüglich der in der Vorstellung enthaltenen Folgerung, daß durch die im Art. 7 des zwischen Preußen und mehreren deutschen Regierungen abgeschlossenen Vertrags niedergelegte Versicherung, das Handelsverhältniß mit Oesterreich auf dem Wege der Verhandlung erhalten und weiter ausbilden zu wollen, eine thatsächliche Modifikation des Art. 31 des Handelsvertrags mit Frankreich wirklich gewahrt sei, erinnert das Reskript daran, daß die deutschen Staaten, welche dem rekonstituirten Zollverein beigetreten sind, dem Handelsvertrag mit Frankreich „in völlig unmodifizirter Fassung die unbedingte Zustimmung" ertheilt haben. Das Reskript endet mit nachstehender Eröffnung:

Zunächst sind daher neuerlich entsprechende Vorschläge an die königl. preußische Regierung ergangen, von deren Berücksichtigung eine wünschenswerthe Ausgleichung und Vereinigung der ganzen Angelegenheit erwartet werden darf, und je nach Maßgabe der eintretenden Berücksichtigung dieser Vorschläge wird die königl. Staatsregierung die den Interessen des Landes und der Wichtigkeit der Angelegenheit entsprechenden weiteren Schritte in die sorgfältigste Erwägung nehmen.

Bremerhaven, 30. Juli. Nachdem am Mittwoch der Kommandant des „Schwarzenberg", Contreadmiral Tegetthoff, in Bremen vom Senat empfangen und ihm zu Ehren im Rathskeller ein solennes Abendessen veranstaltet worden, fand am Donnerstag Abend hier eine gleiche Feitlichkeit im Ilsemann'schen Klublokale statt, an welchem außer dem Contreadmiral auch das ganze Offizierkorps der Kriegsfregatte Theil nahm. Der „Schwarzenberg" hat gestern unter Salutschüssen, welche vom Fort erwiedert wurden, unsern Hafen plötzlich verlassen und wird die Fregatte heute Morgen mit Hochwasser nach Curhaven zu dem verbündeten Geschwader abgehen, um dort die Meldung, ob Krieg oder Frieden, abzuwarten. — An der für morgen berufenen Volksversammlung für Schleswig-Holstein wird Metz von Darmstadt auf der Durchreise nach Norderney Theil nehmen.

Flensburg, 2. Aug. (Presse.) Anläßlich einer Illumination zur Feier des Friedens haben hier Volksexzesse durch Einwerfen der Fenster bei den dänisch-gesinnten Bewohnern stattgefunden.

Berlin, 3. Aug. Die „Kreuzztg." hält ihre Mittheilung, daß Preußen von der hannover'schen Regierung wegen der Rendsburger Exzesse Genugthuung gefordert habe, gegenüber einer Korrespondenz der „Allg. Ztg.", welche diese Angabe als zu unglaublich bezeichnet, um anderwärts Beachtung zu finden — völlig aufrecht, und fügt hinzu, daß die hannover'sche Regierung sich sofort bereit erklärt habe, diese Genugthuung durch Abberufung des Oberstleutnants Dammers zu gewähren. — Die „Voss. Ztg." meldet: Bei den Verhandlungen, welche von Preußen mit Oldenburg wegen Anlage der sog. Jahdebahn geführt worden sind, hat, wie wir hören, dieses nachträglich alle diejenigen Konzessionen gewährt, welche für das Marine-Etablissement unerläßlich erschienen. — Wie versichert wird, kehrt Hr. v. Bismarck von Gastein nicht nach Wien zurück; die Friedensverhandlungen werden dort zunächst von dem diesseitigen Gesandten weiter geführt. — Ein Theil der österreichischen Truppen soll, wie man hier erzählt, bereits Befehl erhalten, den Rückmarsch aus Schleswig vorzubereiten. Von den preußischen Regimentern werden zunächst nur die entbehrlichen Feldlazarethe und die Trainmannschaften die Herzogthümer verlassen. — Der bisherige erste Legationssekretär bei der Gesandtschaft in Petersburg, Baron v. Pirch, ist nach der „N. Pr. Ztg." zum außerordentlichen Gesandten in Weimar ernannt worden. — Aus Königsberg meldet die „Ostpr. Ztg.": Der Professor der juristischen Fakultät, v. Kaltenborn, ist dem an ihn nach Kassel ergangenen Ruf gefolgt, um in dem dortigen Staatsministerium als Legationsrath die Bundes- und Verfassungsangelegenheiten Kurhessens zu bearbeiten.

Berlin, 4. Aug. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt (und ähnlich auch die „Kreuz-Ztg."):

Zur Orientirung über die bundesrechtliche Lage der holsteinischen Exekution machen wir auf folgende Punkte aufmerksam: Nachdem durch die Friedenspräliminarien vom 1. d. M. die Abtretung Holsteins von Seiten Dänemarks erfolgt ist, hat der an Oesterreich, Preußen, Sachsen und Hannover durch den Bundesbeschluß vom 1. Oktober v. J. gegen Dänemark ertheilte Auftrag zur Exekutionsvollziehung seine Erledigung gefunden. Die beauftragten Regierungen haben nach Art. VIII. der Exekutionsordnung die Bundesversammlung hievon zu unterrichten. Darauf tritt alsbald Art. XIII. der Bundesexekutions-Ordnung in Ausführung. Derselbe lautet:

„Sobald der Vollziehungsauftrag vorschriftsmäßig erfüllt ist, hört alles weitere Exekutionsverfahren auf und die Truppen müssen ohne Verzug aus dem mit der Exekution belegten Staat zurückgezogen werden. Die mit der Vollziehung beauftragte Regierung (Regierungen) hat zu gleicher Zeit der Bundesversammlung davon Nachricht zu geben. Entstehen wegen eines verlängerten Aufenthalts Beschwerden, so hat die Bundesversammlung über den Grund derselben und die daraus erwachsenden Entschädigungsansprüche zu entscheiden."

Da der Bundesexekutions-Beschluß vom 1. Oktober v. J. erledigt ist, so würde z. B. eine Okkupation Holsteins von Seiten des Bundes, oder ein Exekutionsverfahren gegen die beiden, in den provisorischen Besitz des Herzogthums tretenden deutschen Großmächte etwa wegen der Berichtigung der Exekutionskosten oder aus sonst einem andern Grunde, einen besondern Bundesbeschluß erfordern, welcher, wie sich von selbst versteht, auch eine wirklich bundesrechtliche Grundlage haben müßte, wenn er von den deutschen Großmächten anerkannt werden sollte. [Vergl. Münch. Telgr.]

Wien, 1. Aug. Die „Ostd. Post" schreibt: Die heutige Konferenzsitzung (die Schlußsitzung der Präliminarverhandlungen) trug einen solennen Charakter. Unmittelbar nach Schluß der Sitzung empfing der Kaiser den Minister des Aeußern, Grafen Rechberg, um sich über den Abschluß der Präliminarien Bericht erstatten zu lassen, und übersandte hierauf seine persönlichen Glückwünsche zu dem glücklichen Ereigniß dem König von Preußen, der dieselben alsbald erwiederte. Außerdem war der Telegraph nach allen Richtungen hin thätig, um die Nachricht nach allen Weltgegenden zu verbreiten.

Dem „Dresd. Journ." wird aus Wien, 2. d., berichtet: „Wenn die Korrekten es bedauerten, daß der Bund nicht in der hiesigen Konferenz vertreten sei, so dürften sie doch bald die Befriedigung haben, daß die Schlußbehandlung der Herzogthümerfrage auf einem durch die beiden Großmächte einzuschlagenden Wege durch den Bund zu ihrem letzten Abschluß gebracht wird. Da die Ausführung zunächst für Deutschland bei den beiden deutschen Großmächten ruht und diese Mitglieder des Deutschen Bundes sind, so wird die Initiative zu einer letzten Mitaktion des Bundes von ihnen ausgehen."

Wien, 2. Aug. Der „Botschafter" schreibt über den Inhalt der Friedenspräliminarien:

Wir erfahren über die territorialen Stipulationen Folgendes: Abgetreten sind alle jütischen Enklaven, mit Ausnahme von Ripen oder Ribe. Die abgetretenen Enklaven sind: Mögel-Tondern, die bedeutendste Enklave zwischen Hoyer und Tondern, mit den nach Norden hinaufreichenden Distrikten; die jütischen Theile der Nordsee-Inseln: Römö, Sylt, Föhr und Amrum. Das Amt Ripen, welches im nordwestlichen Winkel Schleswigs liegt, fällt mit den zur Grenzrektifikation unumgänglich nöthigen Distrikten Schleswigs an Dänemark, wobei jedoch die Grenzrektifikation nach Nordosten zu im deutschen Interesse vollzogen wird, d. h. der Flächeninhalt der bei Dänemark verbleibenden schleswig'schen Insel Arrö wird bei der Grenzregulirung derart in Anrechnung gebracht, daß Dänemark um beiläufig eben so viel Meilen weniger von schleswig'schen Gebietstheilen erhält.

Wichtiger als die nordschleswig'schen Distrikte sind unstreitig die abgetretenen Nordsee-Inseln, nicht blos wegen ihrer kerndeutschen friesischen Bevölkerung, sondern noch mehr wegen ihrer Lage in der Nordsee, dieser Einbuchtung des großen Weltmeers, welche der künftigen deutschen Flotte den Weg in dieses eröffnet. Treffend hat sich ein österreichischer Minister, der den unmittelbarsten Antheil an den Friedensverhandlungen genommen hat, über die Abtretung der Nordsee-Inseln geäußert: „Man werde doch nun einmal wissen, warum die Franzosen die Nordsee le mer germanique nennen."

Ueber die Kriegskosten-Frage ist in den Friedenspräliminarien ebenfalls eine Andeutung in dem Sinn enthalten, daß sie keineswegs Dänemark zur Last fallen, sondern von den Herzogthümern zu tragen sind. Ueber das Wie? scheint keine Bestimmung enthalten und das Weitere eben den deutschen Großmächten überlassen zu sein. Nachdem Dänemark nicht blos Schleswig und Holstein in größter Vollständigkeit, sondern auch Lauenburg abgetreten hat, so ist es ziemlich naheliegend, daß es sich durch diese Abtretungen wenigstens von dem Kriegskosten-Ersatz zu befreien suchte. Wie soll auch das kleine Dänemark die Kriegskosten zahlen; welchen Werth hätte denn eine derartige Stipulation?

Auch hören wir, daß in den Friedenspräliminarien eine Bestimmung aufgenommen ist, welcher zufolge der König von Dänemark allen Verfügungen zustimmt, welche die deutschen Großmächte bezüglich der abgetretenen Territorien treffen würden. Die Großmächte haben sich daher — Dänemark gegenüber — das unbedingte Dispositionsrecht bezüglich der Herzogthümer vorbehalten. Nach einem (im „Botschafter" mitgetheilten) Artikel der „Wien. Abendpost" erscheint es wohl selbstverständlich, daß diese Stipulation nicht mit den Anschauungen des Deutschen Bundes in Bezug auf die Erbfolge-Frage kollidiren wird.

Jütland bleibt bis zum Friedensschluß von den Truppen der deutschen Großmächte besetzt; die Kontributionen hören auf.

Der Waffenstillstand ist vom 15. September ab sechswöchentlich kündbar, so daß derselbe fortdauert, so lange keine Kündigung erfolgt. Die dreimonatliche Frist ist daher eine Minimalfrist, welche sich stillschweigend verlängert, so lange von keiner Seite gekündigt wird.

In der nächsten Woche beginnen bereits in Wien die eigentlichen Friedensverhandlungen, und man hofft, daß der Friede noch vor Ablauf des Waffenstillstands-Termins abgeschlossen werden wird.

Die Berliner „Nordd. Allg. Ztg.", welche diesen Artikel abdruckt, fügt bei:

Die von mehreren Wiener Blättern gebrachten Mittheilungen über die Einzelheiten der Friedenspräliminarien sind sämmtlich ungenau, namentlich der dritte Punkt, nach welchem die 3 Herzogthümer in Folge eines bestimmten Vorbehalts nicht im Besitz der deutschen Großmächte verbleiben dürften. Dagegen sind die Mittheilungen des „Botschafters", welche wir oben gebracht haben, richtig.

Wien, 3. Aug. (Allg. Ztg.) Es bestätigt sich, daß Admiral Wüllerstorf bereits den Befehl erhalten, sich für die Rückkehr seines Geschwaders bereit zu halten. Es liefert dies den Beweis, wie sehr man hier davon überzeugt ist, daß die definitiven Friedensverhandlungen auf keine Schwierigkeiten stoßen werden. Die Friedensverhandlungen werden hier stattfinden, und Oesterreich durch den Frhrn. v. Brenner, Preußen durch den Frhrn. v. Werther vertreten werden. Bezüglich Lauenburgs werden direkte Verhandlungen zwischen dem österreichischen und dem preußischen Kabinet eröffnet werden, und scheint man preußischer Seits in Vorschlag bringen zu wollen, daß Lauenburg an Preußen überlassen werde, wogegen letzteres die Kriegskosten an Oesterreich herausbezahlen will. In unsern diplomatischen Kreisen wird die

Mäßigung hervorgehoben, welche die dänischen Vertreter in der Konferenz an den Tag gelegt, und will man wissen, daß schon im Lauf der bisherigen Verhandlungen auf das künftige Verhältniß Dänemarks zu den deutschen Großmächten Rücksicht genommen worden, so zwar, daß dasselbe in letzteren schützende Mächte finden soll. Es dürfte dieser Haltung wohl der Gedanke zu Grund liegen, Dänemark vor der Realisirung der skandinavischen Idee zu bewahren, gegen welche anzukämpfen der russischen Regierung von den deutschen Großmächten versprochen worden sein soll. Wie wir vernehmen, stehen aus Anlaß der Konferenz mehrere hohe Ordensauszeichnungen bevor, welche die „Wien. Ztg." schon in den nächsten Tagen publiziren dürfte.

Wien, 3. Aug. Man schreibt der „Allg. Ztg.": „Unter dem Datum vom 29. Juli, fast unmittelbar nach der allseitigen Ratifikation der auf der Münchener Zollkonferenz aufgenommenen Registratur, ist an den Geschäftsträger in Berlin, Grafen Chotek, eine Depesche abgegangen, welche die Zollfrage, soweit die Entscheidung derselben von Preußen und seinen Zollverbündeten neuesten Datums abhängt, auch formell wieder in Fluß bringt, und in maßvoller, aber in ernster Sprache, unter Beischluß der gedachten Münchener Vereinbarungen, der Erwartung Ausdruck gibt, beziehungsweise die Forderung stellt, daß die preußische Regierung, und zwar jedenfalls noch vor dem 1. Okt. d. J., auf Grundlage jener Vereinbarungen in diejenigen Verhandlungen eintrete, auf welche Oesterreich nach Art. 25 des Vertrags vom Jahr 1853 ein wohlerworbenes Recht habe, und deren Gelingen allein den unheilvollen Konsequenzen vorzubeugen vermöge, welche das rücksichtslose Festhalten der bisher verfolgten Politik unabweislich für Deutschland heraufbeschwöre. In demselben Sinn dürften gleichzeitig die Zollverbündeten Preußens verständigt worden sein. (Nach einem andern Schreiben, das der „Allg. Ztg." zugeht, stünde am 8. Aug. ein eigener Zollkongreß in Berlin bevor, an dem auch österreichische Kommissäre Theil nehmen.) — Noch einmal sind dem Vernehmen nach von hier aus Schritte gethan worden, die Entscheidung in der schleswig-holsteinischen Erbfolge-Frage zu beschleunigen, und zwar unter besonderer Hervorhebung der Erwägung: daß es dringend angezeigt erscheine, den definitiven Friedensschluß nicht ohne die Konkurrenz des Souveräns der Herzogthümer zu vollziehen. Ob freilich diese Schritte von Erfolg sein werden, ist eine andere Frage; denn noch ist weder von oldenburgischer, noch von augustenburgischer Seite die rechtliche Begründung der erhobenen Ansprüche an den Bund gelangt, und Oldenburg hat, wie wir hören, als ihm die Beibringung seiner Rechtstitel auferlegt wurde, von vornherein erklärt, daß es dazu mindestens einer Zeit von 4 bis 5 Wochen bedürfe. In dieser Frage wird jedenfalls noch mehr als eine Schwierigkeit zu überwinden sein."

†† **Wien,** 4. Aug. Ich glaube nicht, daß es richtig ist, wenn ein hiesiges, sonst übrigens im Allgemeinen nicht schlecht orientirtes Blatt die Existenz einer Note behauptet, in welcher Hr. Drouyn de Lhuys den beiden deutschen Großmächten gegenüber die Forderung einer Betheiligung des Bundes an den definitiven Friedensverhandlungen stellen soll; in so formeller Weise ist die Angelegenheit schwerlich zur Sprache gebracht worden. Aber allerdings scheinen mehrfache „Konversationen" in dieser Richtung stattgefunden zu haben, und dürfte in Anleitung derselben dem französischen Kabinet die vertrauliche Erklärung gegeben worden sein, daß dem Bund die bundesmäßige Konkurrenz bei der schließlichen Ordnung der schleswig-holsteinischen Frage nicht allein nicht geschmälert werden solle, sondern daß es die bestimmte Absicht der beiden Großmächte sei, seiner Zeit in Frankfurt die geeigneten Beschlußnahmen zu veranlassen.

Uebrigens ist es nicht zweifelhaft, daß, wie die Friedenspräliminarien, so auch der Frieden selbst in Wien verhandelt und abgeschlossen werden wird: die Präliminarartikel enthalten eine ausdrückliche Bestimmung darüber. Zur Auseinandersetzung bezüglich der zahlreichen und wichtigen finanziellen Fragen, welche bei den bevorstehenden Verhandlungen zur Sprache kommen müssen, und ganz speziell zur Feststellung des den Herzogthümern zu überweisenden Antheils an der dänischen Gesammt-Staatsschuld — natürlich nur bis zum Tod König Friedrichs VII., wo selbstverständlich, wenn auch noch nicht die faktische, so doch die rechtliche Zusammengehörigkeit der Herzogthümer mit Dänemark erloschen war — ist eine eigene Finanzkapazität, der Etatsrath Fenger, den dänischen Bevollmächtigten beigegeben worden und bereits hier eingetroffen.

Italien.

* **Turin,** 3. Aug. Prinz Humbert reist den 11. Aug. nach Paris. Hr. Rouher ist gestern hier angekommen und kehrt heute Nacht nach Frankreich zurück.

Rom, 26. Juli. (Köln. Ztg.) Bei Gelegenheit des Peter-Paul-Festes hat der Papst in der vatikanischen Basilika einen Protest ausgesprochen, dessen Schlußmahnung zwar das amtliche „Giornale di Roma" mittheilte, dessen vollständiger Wortlaut aber bisher noch unbekannt blieb. Nachdem der Uditore der apostolischen Kammer wider die italienische Regierung wegen der an diesem Tage fälligen, doch nicht eingezahlten Zehnten und Servitute einen Protest verlesen hatte, sprach der Papst:

Wir lassen den Protest zu, damit das Recht und die Herrschaft des heil. Stuhles und der apostolischen Kammer über die Orte, Feudalbesitze, Kastelle und die dazu gehörigen Territorien hergestellt und erhalten bleiben, welche dem König von Sardinien vom heil. Stuhl und der heil. römischen Kirche nur im Zeitlichen als dauerndes Vikariat bewilligt wurden. Bei diesem Anlaß bestätigen Wir Alles, was Wir betreffs der Integrität Unserer päpstl. Oberhoheit in den Konsistorialallokutionen vom 20. Juni und 26. Dezember 1859, sowie vom 28. September 1860 erklärt haben; die Meinung der Bischöfe der ganzen katholischen Christenheit tritt Dem bei. Wir hegen das Vertrauen, der barmherzige Gott, in dessen Hand die Gewalt über Alles ist, werde bessere Zeitverhältnisse herbeiführen.

Rom, 26. Juli. Die „Opinione" erfährt durch einen Korrespondenten, daß ein zehnjähriger Judenknabe, Sohn des Michele Coen, der bei einem Schuhmacher Lehrling war, von einem hiesigen Priester, unter dem Vorwand, daß er ein Paar Schuhe nach seiner Wohnung tragen sollte, gewaltsam zu den Katechumenen gebracht worden ist, und daß man dem ihn reklamirenden Vater bis jetzt den Knaben nicht wieder herausgegeben hat. Auch die Reklamationen der israelitischen Synode waren ohne Erfolg geblieben.

Frankreich.

Paris, 2. Aug. (Sch. M.) Es wurden von Seiten des dänischen Gesandten am hiesigen Hofe, Grafen v. Moltke, in diesen Tagen in Vichy beträchtliche Anstrengungen gemacht, um den Kaiser Napoleon zu einem Schritt zu Gunsten Dänemarks zu vermögen, und nur als Graf Moltke alle seine Versuche scheitern sah, ließ er den dänischen Bevollmächtigten in Wien den Wink zukommen, das Friedenswerk nicht hinauszuschieben, da von Frankreich auch nicht die allergeringste Befürwortung zu gewärtigen sei. So unglaublich es scheinen mag, werden doch noch jetzt von dänischen Agenten alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die dänische Sache populär zu machen; man begreift nicht, wozu diese vergeblichen Versuche dienen sollen.

♁ **Paris,** 4. Aug. Der König von Spanien wird sich direkt nach Chalons begeben, wo der Kaiser ihm vor Allem die französische Armee zeigen wird. Erst von da aus wird der König nach St. Cloud gehen, wo die Kaiserin die Honneurs machen wird. Fast täglich begibt die Kaiserin sich in Begleitung des Seinepräfekten nach Marseilles, um die Vorbereitungen zu überwachen, welche den Aufenthalt des Königs in der Residenz Ludwig's XIV. verherrlichen und den Glanz von La Granja verdunkeln sollen. — Dem Vernehmen nach wird aus Anlaß des 15. August Hr. St. Beuve zum Senator ernannt werden. — Kaiser Maximilian hat noch kein Ministerium ernannt, bereits aber Gesandte bei den Regierungen von Rußland, Schweden und Dänemark, Italien und der Schweiz (Gregorio Barandiaran), England und Belgien, Frankreich, Oesterreich und Deutschland (Thomas Murphy), Spanien und Rom akkreditirt. Dem „Messager franco-americain" zufolge hätte Kaiser Maximilian eine Einladung an Juarez gerichtet, sich dem Kaiserreich anzuschließen, wo seine Talente ihm eine hohe Stellung anweisen würden. Juarez aber erwiederte, daß er zu kämpfen gedenke bis zum letzten Athemzug. — Im Justizpallast glaubt man allgemein, daß die gegen die Dreizehn eingeleite Sache ohne Erfolg bleiben wird. — Börse, erst flau, schließt vielleicht deßhalb fester zu 66.35 und 1005.

Belgien.

Brüssel, 1. Aug. Die klerikale Partei hat am Samstag beschlossen, sich auch am Wahlkampf in Brüssel durch Aufstellung einer vollständigen Kandidatenliste zu betheiligen. Die verschiedenen liberalen Wahlausschüsse haben sich über eine gemeinsame liberale Kandidatenliste bis jetzt noch nicht zu einigen vermocht. Von den früheren Brüsseler Deputirten haben bis jetzt 3, die HH. Pirson, Prévinaire und van Volxem, erklärt, kein Mandat übernehmen zu wollen. Großes Aufsehen macht die gleiche Erklärung des klerikalen Deputirten Dedecker.

Brüssel, 3. Aug. (Fr. J.) Das von Hrn. Orts verfaßte und von 10 Mitgliedern der Linken unterzeichnete liberale Gegenmanifest ist eben erschienen. Jedes Phrasenschwalls baar, bewegt sich diese meisterhafte Widerlegung des klerikalen Machwerks nur auf dem Terrain der Thatsachen.

Welche Maßregel" — sagt es gleich beim Eingang — „hat denn die Rechte bewogen, lieber die Flucht zu ergreifen, als zu diskutiren? Ein von acht Wahlbezirken des Landes geforderter Akt politischer Rechtlichkeit; ein Akt, dem selbst unsere Gegner nur einen Makel anhängen können, den, in 1864 zu kommen, anstatt bis 1866 zu warten! Also eine elende Zeitfrage! Das klerikale Manifest sagt, die Opposition habe in dieser Weise zu ihrem letzten Vertheidigungsmittel gegriffen, um weder die Rolle des Betrogenen noch des Opfers sich auferlegen zu lassen. Vielleicht hätten sie eine edlere Rolle, die des Martyrers, übernehmen sollen. Aber zum Martyrerthum gehört das Vertrauen in eine gute Sache, und dieses Vertrauen besaß und besitzt die Opposition nicht. Sonst hätte sie für ihre angebliche Wahrheit gekämpft, anstatt feig zu fliehen, und hätte, auch im Fall des Unterliegens, wenigstens ihre Pflicht gewahrt und ihre Ehre. Welches war denn nun der Vorschlag, der die Furcht der Rechten zur Nothwendigkeit machte? Einfach das gesetzmäßige Ansinnen, der seit der letzten Vertheilung der Nationalvertreter im Jahr 1859 beträchtlich angewachsenen Bevölkerung die nach dem Wortlaute der Verfassung ihr zuständige erweiterte Vertretung angedeihen zu lassen. Vorerst beklagt sich das klerikale Manifest über gewisse Formfehler, welche bei der Vorlage jenes Gesetzes begangen worden seien. Das ist kindisch, denn jene Formverletzungen sind offenbar ohne Einspruch der Opposition erfolgt, da es nach dem Reglement des Veto's nur eines einzigen Mitglieds bedurft hätte, um sie unmöglich zu machen. —

Folgt alsdann die Widerlegung des dem Orts'schen Gesetz gemachten Vorwurfes der Verfassungswidrigkeit. Es handelte sich nur um eine Erneuerung des 1859 eingetretenen Präzedenzfalles, so daß also die strikte Gesetzlichkeit des Entwurfes auch nicht einmal in Frage gezogen werden kann. Das Ganze reduzirt sich auf eine Frage des Datums, auf einen elenden Aufschub von zwei Jahren, denn die zehnjährige Volkszählung wird im Jahr 1866 die Rechte zwingen, den unvertretenen Bevölkerungen die heute verweigerte Gerechtigkeit zuzugestehen. Ist aber die Berufung an das Land, wo 300,000 Seelen heute ihre vielleicht entscheidende Stimme abzugeben verhindert sind, unter solchen Umständen ehrlich und vollständig, und sind nicht die nicht völlig zu Recht und Wort gekommenen Wahlbezirke befugt, die Rechtsbeständigkeit des Volksspruches anzufechten? O, wenn es sich um Vermehrung der klerikalen Rotten Borough's gehandelt hätte — da wäre kein gesetzlicher Skrupel laut geworden; aber die Vermehrung der Volksvertreter erstreckte sich auf die intelligenten Mittelpunkte, wo „der Liberalismus blüht und emporstrebt, wo die Arbeit Reichthum und der Unterricht Aufklärung verbreitet", und welche binnen wenigen Jahren den Sieg des Fortschrittes über alle Wahlzufälle für immer hinwegheben werden!

Folgt eine Besprechung der Ministerkrisis und Beleuchtung der Thatsache, daß die Opposition die Hoffnung hegt, dem Monarchen ein von diesem zurückgewiesenes Programm aufzudrängen. Was enthält dieses Programm? Versprechungen, glänzende und blendende, aber nichts als Versprechungen. Die liberale Partei freut sich, ihre Bilanz der klerikalen gegenüber zu stellen. Sie hat Besseres zu bieten, als leere Worte; sie beruft sich auf ihre Thaten, auf die Weise, in welcher sie seit dem Jahr 1847 mit einer kurzen Unterbrechung das Land regiert hat. Es werden alsdann die zahlreichen Reformen auf materiellem und moralischem Gebiet erörtert, welche Belgien während dieser Epoche der liberalen Partei zu danken gehabt. Zwei Jahre lang, von 1855 bis zu 1857, hat auch die klerikale Partei das Ruder geführt, aber nur eine Reform, nur einen Fortschritt hat sie zu verwirklichen gesucht: das berüchtigte Wohlthätigkeitsgesetz, welches dem Ausbruch des öffentlichen Unwillens zugleich mit seinen Urhebern hat erliegen müssen. Von Freiheit und Fortschritt reden die Männer, welche 15 Jahre lang aus allen Kräften einer jeden liberalen Maßregel sich widersetzten; mit solch hohler Münze wird das belgische Volk sich nicht zahlen lassen! Sie nehmen eine Maske vor, sie taufen sich „Opposition", um das Volk zu täuschen, um den Kampf geringfügig erscheinen zu lassen, als handle es sich um das Verbleiben oder den Rücktritt eines Ministeriums! O nein, der Kampf ist höher und weiter, es ist der alte Streit von ehedem! Die Opposition, das Volk weiß es wohl, so nennen sich heute die Klerikalen, deren Patriarch vor einem Jahr im Mecheln'schen Kongreß es offen und unter rauschendem Beifall aussprach: „Wir müssen mehr Klöster haben." Mittelalterliche Privilegien aber wird Belgien nicht mehr gewähren. Es will die Trennung zwischen Kirche und Staat, Achtung vor der Religion, ihren Dienern und Freiheiten, Schutz für jeden Glauben; aber es will jeden Zweig der öffentlichen Verwaltung, Wohlthätigkeit, Unterricht, Kirchenbesitz, in den Händen des weltlichen Regiments, es will nicht in das mittelalterliche Klosterelend zurücksinken. Auf diesem Weg glaubt der Liberalismus es besser fortleiten zu können, als die Partei, welche klerikale Privilegien nachsucht. „Am Land ist es nun, sich auszusprechen!"

Mit diesen Worten schließt das vortrefflich geschriebene, obgleich doch wohl für eine Volksschrift etwas breit gehaltene Aktenstück.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 27. Juli. Aus Anlaß der Beendigung des Krieges im Kaukasus hat der Kaiser an seinen Bruder, den Großfürsten Michael, als Statthalter im Kaukasus und Oberbefehlshaber der kaukasischen Armee, das folgende Reskript gerichtet:

Kaiserliche Hoheit! Eine Reihe glänzender Waffenthaten, von den ruhmreichen kaukasischen Truppen unter Leitung heldenmüthiger Führer ausgeführt, krönt den langjährigen blutigen Kampf, der begonnen wurde, um unsere, an das kaukasische Gebiet grenzenden Besitzungen gegen räuberische Einfälle zu schützen, um Völkerschaften, die mit uns Einen Glauben bekennen und ihr Schicksal freiwillig unter den Schutz Rußlands gestellt hatten, vor Unterdrückung durch die Muselmänner zu bewahren —, den Kampf endlich, der unternommen wurde, um ein Land, welches von Alters her das beständige Schauspiel von Zwist, Raub und Plünderung darbot, zu unterwerfen. Ew. Kaiserl. Hoheit ist das beneidenswerthe Loos zugefallen, das seit anderthalb Jahrhunderten begonnene Werk durch die Bezwingung des westlichen Kaukasusgebietes zu vollenden, und der Erste zu sein, der dem russischen Volke verkünden konnte, „von nun an gibt es im Kaukasus keinen nichtunterworfenen Stamm mehr." Zur Verherrlichung dieses ruhmwürdigen Ereignisses und zur Erinnerung an die vielen Mühsale, welche die tapfern Truppen der kaukasischen Armee ertrugen, um ein so glückliches Ende des vieljährigen Kampfes zu erzielen, habe ich durch ein am heutigen Tage an den Kriegsminister erlassenes Edikt befohlen, 1) Zur Erinnerung an die Unterwerfung des Kaukasus ein besonderes Kreuz zu stiften, welches jedem Offizier und Soldaten verliehen wird der jemals an den Kämpfen gegen die räuberischen kaukasischen Stämme Theil genommen hat. 2) Unabhängig hievon zur Erinnerung an die Unterwerfung des westlichen Kaukasusgebietes eine besondere Medaille für diejenigen Militärs zu stiften, welche an den kriegerischen Aktionen in diesem Gebiet in den Jahren 1859 bis 1864 Theil genommen haben. Zur Belohnung für die glänzenden Waffenthaten, welche von den Truppen der Kaukasusarmee in der letzten und Endperiode des kaukasischen Krieges vollführt worden sind, habe ich durch ein am heutigen Tage an den dirigirenden Senat erlassenes Edikt befohlen: 1) Für die Untermilitärs regulärer Truppentheile, welche bis zum 8./20. Septbr. 1859 in Dienst getreten sind und nach den Gesetzen das Recht haben, nach 20jährigem Dienst verabschiedet zu werden, wird, wenn sie bis zum Jahr 1864 zum Bestand der Kaukasusarmee zählen oder gezählt haben, von nun an 15jährige Dienstzeit bis zur Verabschiedung festgesetzt, und behalten sie dieses Recht auch dann, wenn sie in andere Truppentheile, die nicht zur Kaukasusarmee gehören, übergeführt werden. Der Kriegsminister hat die Anordnung zu treffen, daß alle Untermilitärs, welche bis zum 1./12. Jan. 1864 fünfzehn Jahre oder darüber gedient haben, schon jetzt ihren Abschied erhalten, wenn sie nach den Gesetzen dieses Recht nicht verwirkt haben. 2) Für alle Grade des Kosakenheeres vom Kuban und Terek dauert in Zukunft die obligatorische Frist für den Felddienst 15, für den innern Dienst 7 Jahre. Ich trage Ew. Kaiserl. Hoheit auf, diesen meinen Willen den tapfern Truppen der Kaukasusarmee kund zu thun, die sich ewigen Ruhm und die Erkenntlichkeit unseres geliebten Vaterlandes dadurch erworben haben, daß sie das große Werk der Friedensstiftung im ganzen Kaukasusgebiete und die Unterwerfung desselben unter das Szepter Rußlands zu Ende führten. Ich verbleibe Ihnen stets unwandelbar wohlgewogen, Ihr Sie aufrichtig liebender — Krasnoje-Selo, 12./24. Juli 1864. Alexander.

Schweden und Norwegen.

Aus Schweden, 29. Juli. (Wes. Ztg.) Aus Kopenhagen sind hier in verbürgter Form Nachrichten eingetroffen, denen zufolge viele dort ansäßige Schweden aus politischen Gründen von der Polizei beaufsichtigt werden sollen. Aehnliches wird im Fernern mit Beziehung auf schwedische Reisende behauptet, welche nach der dänischen Hauptstadt gelangen.

Stockholm, 30. Juli. (Nat.-Ztg.) Die „Post Tidning" meldet die bevorstehende Einführung der Gewerbefreiheit in Schweden. Die betreffende königl. Resolution stützt sich auf ältere Beschlüsse der schwedischen Reichsstände. — Aus Finnland ist hier die Nachricht eingelaufen, daß in den russischen Grenzbezirken die bösartige sibirische Pest wüthen soll. Der Generalgouverneur von Finnland traf in Folge dessen Vorsichtsmaßregeln, und die hiesigen Blätter verlangen für Schweden ein Gleiches.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Großbritannien.

* **London,** 3. Aug. Heute kommt die „Times" abermals auf die Basis der deutsch-dänischen Friedensunterhandlungen zurück, um den Dänen zu Gemüthe zu führen, daß sie weit besser gefahren wären, wenn sie sich der diplomatischen Leitung Englands überlassen und nicht die Londoner Konferenz abgebrochen hätten.

Unter zehn Dänen — sagt sie — gibt es schwerlich einen, der nicht der Meinung ist, daß sein Vaterland von England schmählich im Stich gelassen worden sei. Wir stehen jetzt mitten in einem Regen von Anklagen und Gegenbeschuldigungen, aber um nicht nur gegen uns selbst, sondern auch gegen die andern neutralen Mächte gerecht zu sein, muß man hervorheben, eine wie viel unglücklichere Stellung die Kopenhagener Regierung einnimmt, seit sie es vorgezogen hat, allein zu stehen und ohne den Rath oder Beistand befreundeter Mächte ihren Gegnern entgegenzutreten. Vor wenigen Wochen noch saß die Londoner Konferenz, und das englische Ministerium arbeitete darauf hin, die deutschen Mächte mit einem Theil Schleswigs abzufinden. Viel war wohl aufgegeben worden, aber viel hätte selbst in so später Stunde noch gerettet werden können. Die Dänen hatten keinen Grund, eine kriegerische Dazwischenkunft zu erwarten. Es war ihnen in den Hauptorganen der englischen Meinung gesagt worden, und sie können billiger Weise nicht klagen, daß man sie jemals während der Dauer der Konferenz für den Fall, daß die Konferenz erfolglos bliebe, den Beistand brittischer Waffen habe hoffen lassen. Dänemark stand vor der Welt vollkommen geschlagen da, nicht in Unehre besiegt, aber doch besiegt.

Niemand konnte bei einem Blick auf die Stellung der Kriegführenden zweifeln, daß die Dänen, wenn ihnen keine Hilfe kam, Alles annehmen mußten, was die deutschen Mächte ihnen auferlegen wollten, und daß nicht die entfernteste Aussicht auf ausländische Hilfe vorhanden war. Und doch war dieser schwache und beinahe ohnmächtige Staat selbst in den letzten Tagen der Konferenz noch keineswegs vom Feind auf's Aeußerste getrieben. Dank dem Einfluß Englands hatten Oesterreich und Preußen einen Kompromiß angenommen. Sie verlangten nicht ganz Schleswig; sie waren geneigt, Alsen den Dänen zu lassen. Sie schlugen eine Grenzlinie vor, die, obgleich viel weiter nördlich gezogen, als den Dänen angenehm war oder als England gerecht schien, doch viele Meilen südlich von der jütischen Grenze hinlief. Man sah, daß die Deutschen selbst im Augenblick ihres vollständigen militärischen Erfolges davor zurückschraken, Dänemark ohne Rücksicht auf Verträge (?) oder Verjährung oder auf die durch europäisches Herkommen vorgeschriebene Mäßigung alles streitige Gebiet abzureißen. Aber dieses auf der Konferenz gebotene Schauspiel war, wie es scheint, an der Kopenhagener Regierung ganz verloren. Sie rechnete, wie uns dünkt, gar sehr auf Ihrer Majestät Opposition, und glaubte, sie brauchte nur dem Feind Trotz zu bieten und sich mannhaft auf die Bresche zu stellen, damit ein Ausbruch englischen Volksgefühls das Ministerium zwinge, sich auf die dänische Seite zu schlagen oder zu resigniren. Jedenfalls war das dänische Streben, die Konferenz los zu werden, eine der Hauptursachen, warum sie scheiterte. Wie arg haben die Dänen sich verrechnet!

Der Frieden kommt jetzt endlich, aber er ist weit ungünstiger, als die Bedingungen, die England noch im Juni hätte erwirken können. Selbst wenn beim Friedensschluß Jütland herausgegeben werden sollte, wird die Monarchie sich in einer höchst unglücklichen Lage befinden. Die Jütländer werden eine Deutschland unterworfene dänische Bevölkerung vor der Thüre haben. Kein Theil Schleswigs wird dem Königreich bleiben, um als Schranke zwischen dem deutschen und dem rein dänischen Gebiet zu dienen, sondern Jütland wird allen Einflüssen einer deutschen Grenzprovinz schutzlos ausgesetzt sein. Nimmt man noch dazu, daß die Dänen durch Annahme Dessen, was ihnen auf der Konferenz geboten wurde, die Niederlage ihrer Armee und Flotte in Alsen, die Zerstörung der Eisenbahn in Jütland, und die erschöpfenden Kontributionen in dieser Provinz hätten vermeiden können, so haben sie Gründe genug, den Mangel an Vorsicht zu bedauern, mit dem sie sich ein zweites Mal in den Krieg gestürzt haben.

Auch „Daily News," „Herald" und „Advertiser", drei Blätter von ziemlich verschiedener Farbe, beurtheilen dasselbe Thema von demselben Gesichtspunkt. „Daily News" sagt:

Das Werk der Beraubung ist vollendet. Aber die Souveränetät, welche König Christian verloren hat, ist nicht dem Volke der Herzogthümer wieder zugefallen. Die feurigen, singenden, schreienden Schleswig-Holsteiner haben sich von einem der freiesten Staaten Europa's glücklich losgerissen, um wie eine Herde von Schafen, wie bloße Rajahs das Eigenthum ihrer Eroberer zu werden. Der Himmel weiß, wem sie nach sechs Monaten gehören werden!

Der „Herald", der erst heute seine erste Todtenklage um Dänemark anstimmt, sagt:

Die Nation des nordischen Meeres, welche wir in England als unsere Mutter anzusehen gewöhnt waren (dann sind die Engländer sehr „undutiful sons" gewesen), ist aus der Liste europäischer Mächte gestrichen, zum gemeinen Soldaten degradirt (harmonisches Bild!), ohne etwas verschuldet zu haben. Einige Hunderttausende von Dänen sind jetzt Deutschland unterworfen, während Deutschland nur deßhalb mit dem kleinen Nachbar stritt, weil Deutsche von Dänemark beherrscht wurden. Im Namen einer Nationalität ist die Nationalitätstheorie verletzt worden; im Namen der Gerechtigkeit ist die gewaltthätigste und brutalste Schlechtigkeit begangen worden, welche die Jahrbücher eines an Verbrechen nur zu fruchtbaren Säkulums geschändet hat u. s. w.

Der „Advertiser" ruft: „Welch ein Frieden für das arme Dänemark! Es hat Alles oder beinahe Alles verloren, außer was man das eigentliche Dänemark nennt (außer was ihm gehört hat). Wer wird das unglückliche Dänemark nicht bemitleiden?"

Mit einem größern Aufwand von Malice drückt sich der für ein feineres Publikum geschriebene „Globe and Traveller" aus.

Es ist — sagt das ministerielle Abendblatt — die alte Geschichte von dem Pferd und dem Stier, zu dessen Bekämpfung ersteres sich vom Mann satteln läßt. Der Krieg ist ausgefochten, aber Hengist und Horsa sind gesattelt. Und gesattelt, das hoffen wir von Herzen, werden sie bleiben, bis ihre Mücken und Tücken ihnen mit der Peitsche ausgetrieben sind. Zwanzig Jahre lang haben sie mit einer Verschwendung von Dinte und Federn, mit einem Aufgebot von Pedanterei und Sophistik, die wir selbst dem deutschen Professorenthum nicht zugetraut hätten, über den Plan gebrütet, Deutschland auf Kosten eines schwachen Nachbars zu vergrößern. Nun, der Plan ist durch Trug und Gewalt ausgeführt. Aber die Volksleidenschaft, welche die Militärmacht in's Feld ruft, gibt das Schwert Männern in die Hand, die selten Lust haben, es zu Volkszwecken zu brauchen. Preußen stellte sich als Schwertträger Deutschlands voran, aber, wie immer seit der Zeit Friedrich's II., denkt es nur an seine eigene Vergrößerung... Das preußische Roß ließ sich gern von v. Bismarck gegen den Stier Dänemarks reiten. Der Stier liegt am Boden, aber Bismarck sitzt militärisch fest im Sattel. Wir wiederholen mit Vorbedacht, wir hoffen von Herzen, daß er sich im Sattel behaupten werde. Ein so anarchisches — mit dem Fortschritt in Deutschland und dem Frieden in Europa so unvereinbares — Element, wie die vielköpfige Demokratie in den kleinern deutschen Staaten, müssen wir mit Vergnügen irgend einer Kontrole unterworfen sehen, und wäre es auch die Kontrole eines Bismarck. Deutschland hat gewollt, daß seine erste Einheitskundgebung in einem Unternehmen auswärtiger Vergewaltigung bestehe. In einer oder der andern Form müssen die Folgen der Gewalt auf Deutschland zurückfallen. Wir denken wirklich, die in seinem eigenen Interesse am wenigsten zu deprezirende Form ist — bis es etwas besser als bisher die Bedingungen verfassungsmäßiger Selbstregierung lernt — die Konsolidirung jener Militärgewalt, welche in dieser Annektirung sich mit Erfolg an die Spitze Deutschlands gestellt hat. Sie hat nicht das Schwert gezogen, um es, sobald es wieder in der Scheide steckt, dem Nationalverein unterthänigst zu überreichen.

* **London,** 4. Aug. Die „Morn. Post" meint: „Oesterreich und Preußen werden zuerst von den neuen Zuständen zu leiden haben, welche sie durch den Krieg gegen Dänemark herbeigeführt haben. Als unmittelbare Folge ihres Werkes werden sich alle Mächte für den Krieg bereit halten müssen. Es gibt in Europa keine Sicherheit mehr, seitdem die Wiener Präliminarübereinkunft unterzeichnet ist; es gibt kein Vertrauen unter den einzelnen Mächten mehr."

Lord Palmerston hat gestern der Einweihung der Worcesterbahn beigewohnt. Man hat ihm einen begeisterten Empfang bereitet. Die von dem edlen Lord gehaltene Rede dreht sich um die Interessen des Ackerbaues und Handels.

Amerika.

* **New-York,** 23. Juli. Von Grant nichts Neues als etwa das Eine, daß er den General Sheridan abgeschickt hat, um die Eisenbahn zwischen Richmond und Petersburg abermals nach Kräften zu schädigen. Eine offizielle Bestätigung der Besitznahme von Atlanta fehlt bis zur Stunde noch, doch wird auf halboffiziellem Wege von Washington mitgetheilt, daß Sherman am 18. dieses das 6 Meilen östlich von Atlanta gelegene Decatur besetzte, daß am 20. d. der an Johnstone's Stelle kommandirende General Hood bei einem Versuch, Decatur zu nehmen, zurückgeschlagen wurde, und daß am 21. d. Lant vor Atlanta eine allgemeine Schlacht geliefert, Hood geschlagen und zum Rückzug gen Macon gezwungen wurde. Dagegen wird von südstaatlicher Seite versichert, Hood würde sich in Atlanta so lange halten können, bis Lee ihm Verstärkungen schickt und Forrest seinem Gegner den Weg nach Chattanooga verlegt, worauf er gemeinschaftlich mit Forrest einen Angriff auf Sherman unternehmen werde. Die Südstaatlichen operiren wieder in bedeutender Stärke unter General Thornton in Missouri. Sie haben das im Westen dieses Staates gelegene Marvin genommen, bedrohen Plattsburg und selbst Fort Scott. General Rosenkranz hat die Bevölkerung aufgefordert, sich seinen Truppen anzuschließen, um den Staat gegen den Feind zu schützen.

Baden.

†* Bruchsal, 5. Aug. Bei dem Abbruch des brandbeschädigten „obern Thores" hat sich gezeigt, daß dies Bauwerk in wahrhaft verschwenderisch solider Weise konstruirt war, weßhalb der Steigerer einen auffallend großen Gewinn machen soll. Der Marktplatz hat durch Niederlegung dieses Thores eher gewonnen, als verloren, da hierdurch die zierliche St.-Peters-Kirche sichtbar geworden ist und einen gar gefälligen Hintergrund bildet.

Die letztgenannte Kirche hat vor einiger Zeit zum äußern Schmuck die Bildsäule ihres Schutzpatrons erhalten, welche in einer bisher stets leer gewesenen Nische über dem Hauptportal aufgestellt wurde; leider ist dieselbe aber, obwohl an sich ganz hübsch, viel zu klein für ihren Standort und hat überdies einen zu niedrigen Sockel.

Auch bei uns hat man sich nach Maßgabe der hiesigen Verhältnisse an der neuen Bewegung für die schleswig-holsteinische Sache lebhaft betheiligt, indem eine mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Zuschrift an den Frankfurter Zentralausschuß abgesendet und zugleich demselben für die bedrängten Einwohner von Alsen eine beträchtliche Summe aus vorhandenen und neu gesammelten Geldern übermacht wurde.

Die Getreideernte hat, vom Wetter sehr begünstigt, raschen Fortgang gehabt, und man ist mit dem Ergebniß außerordentlich zufrieden; das Gleiche gilt von dem überaus reichen Erträgniß von Obst aller Arten, und auch der Tabak steht sehr schön. Für die Weinlese dagegen hat man nur geringe Hoffnungen, obwohl es an den Hausreben schon reife Trauben gibt, und der Hopfen kann geradezu als mißrathen bezeichnet werden, was um so empfindlicher ist, als man nach den Nachrichten aus Böhmen ein Sinken der Preise in Aussicht hat, weil dort der Hopfen vortrefflich steht.

ℵ Heidelberg, 4. Aug. Unsere Hochschule war wieder von einem Verlust bedroht, welchen abzuwenden der großh. Regierung gelang. Professor Kopp, welcher erst in diesem Frühjahr von Gießen nach Heidelberg übergesiedelt war, hat einen Ruf nach Berlin an die Stelle des verstorbenen Heinrich Rose erhalten, denselben aber abgelehnt.

Konstanz, 3. Aug. Ihre Maj. die Königin von Preußen ist heute Mittag mit dem 3-Uhr-Zug hier angekommen und von Ihren Königl. Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin empfangen worden. Das bereitstehende Dampfboot „Friedrich" führte die höchsten Herrschaften sofort nach der Mainau.

Der jüngsten Mittheilung über die künstlerische Ausschmückung des hiesigen Rathhauses kann jetzt die weitere beigefügt werden, daß auch das Innere des Konziliumssaales von demselben Künstler, Hrn. Wagner, mit Fresken geziert werden wird. Der Aufwand hiezu mit 3000 fl. soll durch 120 Aktien zu 25 fl. gedeckt werden, wovon sogleich die Hälfte gezeichnet war. Ob die Wandflächen mit einzelnen Personen, wie bereits ein Kaiserbild als Muster aufgestellt ist, oder mit Gruppen bedeckt werden sollen, ist noch nicht entschieden. Letzteres würde einen etwas größern Aufwand erfordern, der indeß sicherlich nicht schwieriger aufgebracht werden würde. Das ganze Werk wird noch in diesem Spätjahr vollendet werden und die Stadt einen Saal besitzen, der seines Gleichen in weiten Kreisen suchen kann. Noch vor kaum mehr als Jahresfrist glich der ganze Raum einem öden, verfallenen Speicher, wo Dohlen und Fledermäuse hausten.

Vermischte Nachrichten.

— Stuttgart, 3. Aug. (Sttg. Bl.) Se. Maj. der König hat die zum Tod verurtheilte Marie Gauß von Felldorf zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt. Am 29. Juli wurden 12 Gefangene des Arbeitshauses zu Ludwigsburg durch königl. Gnade in Freiheit gesetzt und noch einer Anzahl anderer Sträflinge daselbst Nachlaß an ihrer Strafzeit gewährt. Auch Sträflinge in Stuttgart (9) und in Gotteszell (24) wurden begnadigt.

— Zu Dresden tagte am 25. und 26. Juli im „Lincke'schen Bad" unter Vorsitz des Direktors Müller eine außerordentliche Generalversammlung der „europäischen Modenakademie", eines für „wissenschaftliche Aus- und Fortbildung der Bekleidungskunst und Veredlung der Bekleidungsmode" bestehenden, über ganz Europa sich erstreckenden Vereins von Fachgenossen. Nahezu 200 Mitglieder erschienen, darunter selbst solche aus Moskau und Amsterdam. Es handelte sich an erster Stelle um Errichtung eines Akademiegebäudes, welches eine höhere Lehranstalt für Bekleidungskunst, ein Museum historischer Bekleidungsgegenstände, sowie endlich Räumlichkeiten für die ebenfalls beabsichtigte Alters- und Invaliden-Versorgungsbank für Angehörige sämmtlicher Bekleidungsgewerbe (auch Schuhmacher, Hutmacher, Kürschner 2c.) enthalten soll. Die Anträge der Verwaltung fanden Annahme nach längerer Debatte. Ein Bericht über die Arbeiterfrage, welcher die Organisation einer Assoziation für den Exporthandel in Kleidern vorschlug, ward der Kommission mit der Ermächtigung zur Zuziehung von Mitgliedern aus den Hafenstädten zu definitiver Berichterstattung für die nächste Generalversammlung überwiesen. Der Verwaltung wurde die Ermächtigung ertheilt, die nächste Generalversammlung erst 1866, eventuell erst 1867 einzuberufen.

— M. F. Chemnitz, der Dichter des Schleswig-Holstein-Liedes, bisher Sekretär des polytechnischen Vereins in Würzburg, hat die ihm in Schleswig zugedachte Stellung nicht angetreten und wird bis auf Weiteres in Würzburg verbleiben. Unterdeß ist seine bisherige Stelle in Würzburg anderweitig besetzt worden.

— Für den 7. Kongreß deutscher Volkswirthe am 22. bis 25. d. M. in Hannover nimmt das daselbst, unter Vorsitz des Hrn. Obergerichtsanwalts Albrecht, gebildete Lokalkomitee Anmeldungen und Anfragen zu Händen des Hrn. Droguist Guthe (Artilleriestraße Nr. 11) entgegen und befindet sich am 21. Aug. und am 22. dess. M. bis 9 Uhr das Anmeldungs- und Quartierbureau im Restaurationslokal des Bahnhofs, später in der Börse (Osterstraße Nr. 15), wo die Mitgliederkarten gegen Zahlung des Beitrags von 3 Thalern, oder $4\frac{1}{2}$ Gulden österreichischer oder $5\frac{1}{4}$ Gulden süddeutscher Währung zu lösen sind.

— Der Lübeckische Oberleutnant Kreisler, welcher sich beim Beginn des Einmarsches der Verbündeten in Schleswig mit Urlaub in's preußische Hauptquartier begab, um als Berichterstatter der „Köln. Ztg." zu fungiren, der aber eben in Folge dieser Berichterstattung in Weiterungen mit dem Oberkommando gerieth, die ihn zwangen, das Hauptquartier zu verlassen, und die auch auf seine Stellung in Lübeck sich von unangenehmem Einfluß erwiesen, hat in Folge derselben um seinen Abschied gebeten und denselben erhalten.

— Wie die „Hamb. Börs.-Hlle." mittheilt, befinden sich von dänischen Gefangenen in Schweidnitz 50, in Kosel, Glogau und Spandau je 200, in Graudenz 300, in Wittenberg 350, in Küstrin und Magdeburg je 400, in Minden, Neiße und Posen je 450, in Erfurt 600, in Torgau 700, — Summa 4750.

— Aus Bern, 29. Juli, wird berichtet: Der Bärengraben bietet heute Morgen ein weniger ergötzliches Schauspiel — in einer Blutlache liegt nämlich dort einer der artigen jungen Mutzen, erdrückt und zerrissen von dem ältern Geschwisterpaar — drüben die Alten in größter Aufregung. Die 3 diesjährigen Jungen befanden sich mit den älteren zusammen in dem gleichen Graben, die Kleinen oben in der Tanne. Eines davon fällt herunter, die beiden ungeschlachten Bursche stürzen darüber her und bringen es grausam um. Vergebens wird angezündetes Stroh hinabgeworfen; sie lassen erst den leblosen Körper liegen. Gegenwärtig sucht man die Bestien in den Stall zu locken, umsonst — sie bleiben in dem Graben, die beiden Kleinen in furchtbarer Angst auf den Zweigen des Gipfels. Man konnte endlich die Trennung der „feindlichen Brüder" dadurch bewerkstelligen, daß die Alten in ihren Stall gesperrt und die älteren Jungen in den jenseitigen Graben gelockt wurden.

— Orenburg, 14. Juli. (Preuß. Bl.) Gestern Nachmittags gerieth die Vorstadt Sstaraja Slobodka, die vorzüglich von der Arbeiter- und Handwerkerklasse bewohnt wird, in Brand, und das Feuer ergriff so rasch die eng aneinander gedrängten Gebäude, daß man in kaum 2 Stunden nur ein wogendes Flammenmeer auf einem Raum von einer Werst Länge und einer halben Werst Breite sah. Gegen 2- bis 3000 Familien befinden sich ohne Obdach, Nahrung und Existenzmittel.

Nachschrift.

Telegramm.

† **Warschau,** Freitag 5. Aug. Der Chef der Nationalregierung Traugott und die Abtheilungschefs Krajewski, Toczyski, Zulinski und Jezioranski wurden heute früh auf dem Glacis der Zitadelle gehängt. Elf Beamte der Nationalregierung wurden theils zu Zwangsarbeit, theils zu Festungsstrafe in Sibirien begnadigt.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

4. Aug.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 11,59'''	+11,0	N.W.	rein	heiter, kühl
Mittags 2 „	„ 11,26'''	+21,5	„	schw. bew.	„ warm
Nachts 9 „	„ 11,93'''	+15,0	„	„ „	„ kühl

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 7. Aug. 3. Quartal. 76. Abonnementsvorstellung. **Lohengrin;** große Oper in 3 Akten, von Richard Wagner.

Z.m.434. Karlsruhe. Unsern Freunden die traurige Nachricht, daß unser liebes Söhnchen Max, in einem Alter von 2 Jahren 4 Monaten, in Folge eines Lungenkatarrhs unerwartet schnell uns entrissen wurde, und bitten um stille Theilnahme.

Karlsruhe, den 4. August 1864.

Die tiefbetrübten Eltern:
Georg Spohn, Ministerialrath.
Georgine Spohn, geb. Klingel.

Z.m.435. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Das badische Anlehen gegen 50-fl.-Loose vom Jahr 1840 betr.

Bei der heutigen Serienziehung des Lotterieanlehens von 1840 wurden nachstehende Nummern gezogen, welche an der am 1. September 1864 planmäßig stattfindenden 28. Gewinnziehung Theil nehmen:

Serie-Nr. 1. 11. 31. 40. 57. 81. 87. 92.
121. 144. 182. 216. 234. 258. 260.
267. 278. 284. 323. 335. 348. 361.
386. 469. 497. 502. 508. 514. 518.
526. 528. 535. 559. 576. 577. 607.
624. 660. 663. 687. 691. 729. 732.
736. 739. 773. 779. 801. 822. 829.
864. 880. 886. 888. 913. 918. 920.
940. 942. 946. 957. 978. 990.

Dies wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Karlsruhe, den 2. August 1864.

Großh. bad. Amortisationskasse.
Harrer.

Anerbieten. Z.m.338. Konstanz. Ein Mann in mittleren Jahren, als Lehrer der mathematischen Fächer in einer Erziehungsanstalt thätig, wünscht seine dermalige Stellung zu verändern, und erbietet sich, in einem Institute den Unterricht in sämmtlichen mathematischen Fächern, im geometrischen und Planzeichnen, im Terrainvermessen und Aufnehmen mit dem Meßtisch zu übernehmen; auch wäre derselbe im Stande, noch in einigen andern Fächern, namentlich auch in der Chemie, Unterricht zu ertheilen. Hoher Gehalt wird nicht beansprucht. Herr Buchhändler **W. Meck** in **Konstanz** wird auf gef. Anfragen nähere Auskunft ertheilen.

Offene Commisstelle.

Z.m.432. In einem Kolonial- und Farbwaaren-Geschäft einer Amtsstadt Badens ist eine Stelle durch einen soliden, gut empfohlenen und gesetzten jungen Mann alsbald zu besetzen.

Franko Offerten unter R. 125 nimmt die Expedition dieses Blattes entgegen.

Z.m.260. Offenburg.

Ersatzmann-Gesuch.

Ein dem gr. Leib-Grenadierbataillon vom 1. März 1863 zugetheilter Reservist sucht einen Ersatzmann, der übrigens nur im Fall eines Kriegsausbruchs zum Dienste berufen wird.

Hiezu Lusttragende wollen sich in frankirten Briefen anmelden, die Bedingungen bezeichnen, oder persönlich stellen bei dem öffentlichen Geschäftsbureau

H. Berger.

Gesuch. Z.m.367. Pforzheim. Ein fleißiger junger Mann, der mit Pferden recht umzugehen weiß, gute Zeugnisse über Brauchbarkeit besitzt, findet in einem hiesigen Hause gegen guten Lohn sogleich eine Anstellung.

Anmeldungen bei der Expedition dieses Blattes.

Pforzheim, den 31. Juli 1864.

Z.m.438. Karlsruhe.

Wohnung zu vermiethen.

Langestraße 155, dem Erbprinzen gegenüber, ist eine schöne Wohnung mit 4 oder 8 Zimmern, 2 Mansarden, Küche, Holzplatz 2c. auf 23. Oktober zu vermiethen; ebendaselbst 1 Wohnung mit 3 Zimmern mit oder ohne Möbel sogleich oder auf Oktober zu vermiethen.

Z.m.431. Berlin.

Lokal-Veränderung.

Meinen geehrten Geschäftsfreunden mache ich die ganz ergebene Anzeige, daß ich mein

Damenmäntel-Geschäft

nach dem Eckladen des Hauses

Spittelmarkt 8 und 9

dicht an der Gertrauden-Brücke verlegt habe.

Berlin, den 2. August 1864.

D. H. Daniel.

Neues Bruchband

mit Regulatur von **H. Biondetti** zum Heilen der Brüche und Darmbrüche, von unsern ärztlichen Sommitäten als das Wirksamste anerkannt. Appareils orthopediques zum Herrichten ungestalteter Beine, künstliche Arme und Beine, Bruchbänder und elastische Strümpfe. Das Haus H. Biondetti, das mit 14 (goldenen, silbernen und ehernen) Medaillen beehrt wurde, besitzt keine Niederlage. Bestellungen nimmt der Erfinder, 48 rue Vivienne, zu Paris selbst entgegen. [Z.k.937.

Z.m.342. Bruchsal.

Hausversteigerung.

Am Montag den 22. August l. J., Nachmittags 3 Uhr, läßt der bisherige Herr O.G.Advokat Dr. Joachim sein in der Huttenstraße Nr. 25 gelegenes, zweistöckiges Wohnhaus durch den Unterzeichneten versteigern, und wird bei annehmbarem Gebot der Zuschlag sogleich ertheilt.

Das Haus, welches im besten Zustande sich befindet, hat 9 Zimmer, einen gepflatteten Hof mit einem Brunnen, zwei große Speicher, einen gewölbten Keller und alle möglichen Bequemlichkeiten.

Bei dem Hause befindet sich ein ziemlich großer Garten, der als zum Hause gehörig mitversteigert wird.

Die Versteigerung findet im Hause selbst statt, und kann von demselben, sowie von den Versteigerungsbedingungen täglich Einsicht genommen werden.

Bruchsal, den 28. Juli 1864.

J. Hamminger, Kommissionär.

Z.m.404. Ludwigshafen.

Pfälzische Eisenbahnen.

Bekanntmachung.

Vom 4. August nächsthin ab beginnt die Ausgabe direkter Billete (Couponbücher) mit direkter Abfertigung des Gepäcks via Neunkirchen — Conz, zwischen der Pfälzischen Station Maximiliansau einerseits und den belgischen Stationen Namür, Brüssel, Antwerpen, Gent, Brügge und Ostende anderseits.

Die Preise dieser Billete, welche eine Giltigkeit von 30 Tagen besitzen und zu einem Gepäckfreigewicht von 50 Pfund berechtigen, sind in Guldenwährung folgende:

	Namür		Brüssel		Antwerpen	
	I. Kl.	II. Kl.	I. Kl.	II. Kl.	I. Kl.	II. Kl.
Von Maximiliansau	21, 09.	15, 19.	23, 12.	16, 51.	25, 18.	18, 29.
	Gent		**Brügge**		**Ostende**	
	I. Kl.	II. Kl.	I. Kl.	II. Kl.	I. Kl.	II Kl.
	25, 54.	18, 57.	28, —.	20, 30.	29, 02.	21, 17.

Ludwigshafen, den 1. August 1864.

Die Direktion der Pfälzischen Eisenbahnen.
Jäger.

Z.m.430. Frankfurt a. M. und Mannheim.

Providentia,

Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a. M.

Begebenes Grundkapital 8 Millionen Gulden.

Nachdem unsere Gesellschaft mittelst Entschließung des großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 30. März 1864 zum Betriebe des **Feuerversicherungs-Geschäftes** im Großherzogthum Baden concessionirt worden ist, haben wir unsern seitherigen Vertreter für das Transportversicherungs-Geschäft

Herrn Theodor Gärtner in Mannheim

auch für das Feuerversicherungs-Geschäft zum

General-Agenten für das Großherzogthum Baden

ernannt, und zum Abschlusse von Versicherungen, sowie zur Ausfertigung der Versicherungsurkunden ermächtigt.

Frankfurt a. M., im Juli 1864.

Providentia,
Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft.

Bezugnehmend auf die obige Bekanntmachung empfehle ich mich hierdurch zum Abschlusse von Feuerversicherungen.

Die Providentia versichert gegen **Feuerschaden:**

Mobilien, Waaren, Maschinen, Fabrikgeräthschaften, Vieh, Ernteerzeugnisse, Ackergeräth u. s. w., ebenso das von der Versicherung bei der allgemeinen Landes-Brandkasse ausgeschlossene **Gebäude-Fünftel.**

Die Prämien sind fest, so daß die Versicherten **in keinem Falle** Nachzahlungen zu leisten haben.

Nähere Auskunft, namentlich über die Prämien, sowie Prospekte und Antragsformulare ertheile ich bereitwilligst.

Mannheim, im Juli 1864.

Th. Gaertner,
General-Agent der Providentia.

Kurhaus Tarasp-Schuls,

(Graubünden.)

Eröffnung den 26. Juni.

Das Kurhaus ist in einem großen Maßstab ausgeführt; die Ausstattung elegant mit allem Comfort versehen. Es enthält 200 Logirzimmer mit 300 Betten, Billardsaal, großem Gesellschaftssaal, Damensalon und mehreren kleinen Salons, Kaffeesaal u. s. w., und entspricht in dieser Beziehung den Anforderungen an ein großes Kurhotel. Für die Kur selbst sind 60 Bäder eingerichtet, welche mit Sauer-, Salz- oder Schwefelwasser gespiesen werden können.

Für Spaziergänge bietet der Park des Hotels, ganz besonders aber die durch ihre Schönheit und Großartigkeit ausgezeichnete Umgebung Genuß und Erholung.

Tägliche Postverbindung mit Chur, Como, Innsbruck und Botzen.

Telegraphenbureau in Schuls.

Aerzliche Anfragen wollen an Herrn Dr. Killias, und zwar bis 25. Juni nach Chur, dann nach Kurhaus Tarasp-Schuls, Logisbestellungen an die Hotelverwaltung, und Wasserbestellungen an die Direktion daselbst, oder an das Hauptdepot, HH. Masner und Braun in Chur, wie bisher gerichtet werden.

Die Direktion.

Z.k.952.

Z.m.389. Diersburg.

Wein-Verkauf.

Bei der Gutsverwaltung **in Diersburg**, Station Niederschopfheim, liegen ungefähr **600 Ohm Weine** von den Jahren 1857, 1862 und 1863, worunter ein größeres Quantum **Rother**, zum Verkauf. — Mehrere **Fässer Kirschen** und ein größeres Quantum **Nuß** in Schalen.

Z.m.426. Pforzheim.

Kohlen-Lieferung.

Wir bedürfen für 1. August 1864/65 ca. 3 — 4000 Zentner beste Ruhrer Grubenkohlen, wovon der Bedarf für den nächsten Winter vor Einstellung der Schifffahrt bezogen wird.

Angebote zur Lieferung wollen binnen 14 Tagen schriftlich hierher gemacht werden.

Pforzheim, den 4. August 1864.

Großh. Direktion der Heil- und Pflegeanstalt.
Fischer. Kieser.

Z.m.428. Nr. 703. Unterschwarzach. (Holzversteigerung.) Aus diesseitigen Domänenwaldungen, Schießberg VI 7 und Kreutelsberg VII 1, oberhalb und unterhalb Hirschhorn, werden

Dienstag den 16. d. M.

im Wirthshause auf dem Neckarhauserhof folgende Holzsortimente loosweise versteigert:

453 Stück geringes eichenes Bau- und Nutzholz, 675 Stück eichene Wagnerstangen, 90½ Klafter buchenes, birkenes und gemischtes Scheitholz, 38 Klafter buchenes und eichenes Prügelholz, 239½ Klafter eichenes Schälholz I. und 304 Klafter do. II. Sorte, und 265,175 Stück gemischte Neckarwellen.

Die Versteigerung beginnt Vormittags 9 Uhr.

Schwarzach, am 4. August 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei.
Müller.

B.981. A.G.Nr. 5403. Schönau. (Handelsregister.) Heute wurde unter Ordn.Z. 7 zum Gesellschaftsregister eingetragen die Firma Albert Köchlin in Zell mit den Gesellschaftern Albert Köchlin, Fabrikant, und Gustav Häusler, Buchhalter daselbst, mit Dem, daß die Gesellschaft am 1. Juli d. J. begonnen habe, und das Recht der Gesellschaftsvertretung in Gemeinschaft ausgeübt werde. Schönau, den 2. August 1864. Großh. bad. Amtsgericht. Neumann.

Z.i.847. Nr. 6950. Kork. (Bekanntmachung.) Am 11. v. M. wurde in Neufreistett ein Bursche betreten und wegen mangelnden Ausweises dahier in Untersuchung gezogen, welcher Daniel Max heißen, lediger Handelsmann aus Krakau (Oesterreich) und 31¾ Jahre alt sein will.

Derselbe gibt ferner an, er habe kurz vor Weihnachten mit seinem Vater Josef Max, einem Schäfer und Viehhändler, Krakau verlassen und mit demselben Böhmen, Bayern, Württemberg und Baden durchzogen, sich aber in Durbach von ihm getrennt, um bei einem andern Händler einen Platz zu suchen. Von Durbach aus habe er sich bis zu seiner Verhaftung handeltreibend in dieser Gegend umhergetrieben.

Da nach einer Zuschrift der k. k. Polizeidirektion zu Krakau der Name Max dort nicht bekannt ist, ersuchen wir, unter Mittheilung einer Beschreibung der Kleider und des Signalements des Verhafteten, die großh. Polizei- und Gerichtsbehörden um gefällige Auskunft, falls ihnen über die persönlichen Verhältnisse des angeblichen Daniel Max etwas bekannt sein sollte.

Wir fügen bei, daß die Angaben des Verhafteten schon darum unglaubhaft erscheinen, weil derselbe in seiner Sprache auch nicht den leisesten Anklang an den österr. Dialekt hat, vielmehr sich in der im südwestlichen Deutschland und Elsaß gebräuchlichen Weise, manchmal mit Einmischung eines französischen Wortes, ausdrückt.

Beschreibung der Kleider:

Max trägt einen grauen, halbwollenen Rock, abgetragene, grau gewürfelte Buckskinhosen, eine Weste von gleichem Stoffe, ein grobes, leinenes Hemd, eine schwarze Tuchkappe und geflickte lederne Stiefel.

Signalement.

Größe, 5′ 3″; Gesichtsform, rund; Farbe, gesund; Statur, besetzt; Haare, braun; Stirne, hoch und gewölbt; Augen, grau; Augenbrauen, blond; Nase, stark und spitz; Mund, mittler; Zähne, gut; Kinn, rund; Bart, kleiner, blonder Schnurrbart. Besondere Kennzeichen: stottert etwas.

Kork, den 1. August 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Frech.
Haas.

Z.i.851. Nr. 5998. Baden. (Diebstahl und Fahndung.) Am 21. d. M. wurden aus einem hiesigen Hause 1 Paar frisch gesohlte, kalblederne Stiefel mit ledernen Strupfen, eine silberne Spindeluhr von großer, alter Form, mit römischen Zahlen, porzellanenem Zifferblatt und schwarzen Zeigern, sowie eine goldene Uhrenkette in Schlangenform, sammt einem Uhrenschlüssel entwendet.

Der That verdächtig ist ein Handwerksbursche, welcher gegen 30 Jahre alt und von mittlerer Größe ist, eine braungelbe Gesichtsfarbe hat und einen braunen Kinnbart, eine Kappe und einen schwarztuchenen Rock trägt.

Wir bitten um Fahndung auf das Entwendete und den Thäter.

Baden, den 28. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
J. A. d. A.
Schmitt.

Z.i.858. Nr. 16,387. Heidelberg. (Fahndung.) Johann Nikolaus Pracht von Heidelberg hat sich durch die Flucht dem Vollzug einer Arbeitshausstrafe entzogen.

Es wird gebeten, denselben im Betretungsfall an uns abliefern zu lassen.

Signalement.

Alter, 30 Jahre; Größe, 5′ 7″; Haare, schwarzbraun; Gesicht, rund; Gesichtsfarbe, gesund; Augen, braun; Augenbrauen, braun; Nase, klein; Bart, Schnurrbart, braun; Mund, klein; Zähne, gut.

Heidelberg, den 3. August 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
v. Litschgi.

Frankfurt, 4. August 1864. Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	4% Obligation.	100¼ G.
„	5% do. in holl. St.	— —	„	3½% do.	94 P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	102¼ P.
„	5% do. 1859 „ „	80⅜ P.	„	4½% do.	102½ P.
„	5% do. 1864 „ „	76⅜ b.G.	„	4% do.	99¼ b.G.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	— —	„	3½% do.	92⅜ G.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	83½ P.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99⅜ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	68⅝ G.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	93¼ P.
„	5% Met.-Obligat.	61½ G.	Lrbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	90½ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	62¼ P.	„	4% do. à 105 kr. b. E.	89½ P.
„	4½% Met.-Oblig.	54⅝ P.	Frankf.	3½% Obligation.	96⅜ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	106 P.	„	3% do.	92½ P.
„	4½% do.	102¼ P.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	87 P.
„	4% do.	97¾ G.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	88⅝ P.
„	3½% Staatssch.	90 G.	Span.	3% inl. Schuld	49¼ P.
Bayern	4½% 1jährig	102¼ G.	„	2¼% Schuld	44 G.
„	4½% ½jährig	102¼ G.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100½ G.
„	4% 1jährig	99⅝ P.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	69 P.
„	4% ½jährig	99⅞ G.	Schwd.	4½% Obligation.	94 G.
„	4% Ablös.-Rente	99⅝ P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	93½ G.
„	3½%	96¾ P.	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	101 G.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105⅜ G.	„	4½% Bern. St.-O.	102 P.
„	4% do.	103¾ G.	„	4% do.	— —
„	3½% do.	96¼ P.	„	5% Gf. St.-O. Fr. 28	96⅛ G.
Baden	4% Obligation.	100⅛ P.	N-Am.	6% St. i. D. r. 1881	46⅛ bez.
„	3½% do. v. 1842	92⅜ G.	„	6% do. r. 1882	44½ b.G.
G.Hess.	5% Obligation.	102 P.	„	5% do. r. 1871	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	139 G.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	96¼ P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	799 G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50⅛ P.
5% „ Cred.A. i. O.W.	198½ bez.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	50½ P.
3% Bayer. Bank à fl. 500	918 G.	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	76⅜ P.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	220 G.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	78½ G.
4% Weimar. Bank-Aktien	95¾ G.	5% do. neueste Emiss. 6/7	73½ P.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	98½ P.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	82 P.
4% Luxemb. Bank-Aktien	105 P.	5% Galz. Carl Ldwb.-PrO. 6/7	86 P.
Span. H.-u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	101 P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	325 P.	5% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	— —
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	97½ G.	5% „ „ 2. „ „ „	— —
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	200 G.	4½% Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	102⅝ P.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	110 G.	4% „ „ „	97¾ P.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	68 G.	4½% Rhein-Nahe. Pr.-O.	100½ P.
Rhein-Nahe-Bahn	27¾ b.G.	5% Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	149 G.	4% Sildd. Bnk.-A. 40% Einz.	246½ P.
4% Neustadt-Dürkheimer	— —	Span. Cr. b. Pereire 90% „	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	105⅞ G.	4½% Bayer. Ostb. 50% „	110½ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	110⅝ G.	3% Deutsch. Phönix 20% „	152½ G.
4% Hess. Ludwigsbahn	123⅝ P.	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	106 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 20% „	90 P.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	100 P.

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	132 G.
„ 250 fl. „ 1854	78 G.
„ 100 fl. Pr. 1858	131¾ P.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	84⅜ bez.
„ 100 fl. v. 1864	95⅛ b.G.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9⅛ G.
Bad. 50-fl.-Loose	— —
„ 35-fl.-„	53¼ G.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	55¼ P.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	133¼ G.
„ 25 fl. „ „ „	37 bez. G.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36 P.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	62¾ P.
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	32⅞ P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	35¾ P.
3% Bordeaux 100 Fr	84½ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	11⅛ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	f. S.	100¼ B.
Antwerpen	„	94⅛ G.
Augsb. 24 fl. 100	„	99¾ G.
Berlin	„	105⅛ B.
Bremen	„	96½ B.
Brüssel	„	94⅛ G.
Cöln	„	105⅛ B.
Hamburg	„	88½ G.
Leipzig	„	105⅛ B.
London	„	119⅛ G.
Mailand. i. Fr. 200	„	94 G.
München	„	99⅞ B.
Paris	„	94¼ G.
„ 60 à 90 T.	„	— —
Wien	f. S.	102¼ G.
Disconto		3½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 40½	-41½
Preuß. Frd'or.	„	9 56	-57
Holl. fl. 10 St.	„	9 49	-50
Rand-Ducat.	„	5 34	-35
20-Frankenst.	„	9 25½	-26½
Engl. Sover.	„	11 49	-53
Russ. Imper.	„	9 41	-43
Gold pr. Zpfd.	„	807	-812
5-Frank.-Thl.	„	—	—
Alte österr. 20r.	„	30 24 G.	
Rand-20r.	„	30 12 G.	
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52 15	-45
Preuß. Cassch.	„	1 44⅞	-45⅛
Doll. in Gold	„	2 27	-28

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)